



BDI-Präsident Ulrich Grillo zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

BDI-Präsident Ulrich Grillo zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Politik muss künftige Erbschaftsteuer jetzt mittelstandsfreundlich gestalten
"Die Politik muss jetzt ihr Versprechen einhalten, den Generationenwechsel in Familienunternehmen weiterhin zu ermöglichen. Alles andere gefährdet Investitionen und Arbeitsplätze. Auch mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ist dies möglich." Das sagte BDI-Präsident Ulrich Grillo am Mittwoch in Berlin nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer.
"Wir brauchen eine mittelstandsfreundliche und verfassungsfeste Erbschaft- und Schenkungsteuer. Daran muss sich die Politik bei der Ausgestaltung der nun fälligen Reform messen lassen", betonte Grillo.
Fast zwei Drittel der mittelständischen Industrieunternehmen, nämlich 64 Prozent, sehen laut aktuellem BDI/PwC-Mittelstandspanel bei einem ersatzlosen Wegfall der erbschaftsteuerlichen Vergünstigungsregeln ihren Unternehmensbestand ernsthaft gefährdet. Ebenso viele der Familienunternehmen, in denen bis 2019 ein Generationenwechsel ansteht, wären in diesem Fall gezwungen, ihre Investitionen zu senken. Fast die Hälfte (48 Prozent) geht dann davon aus, Beschäftigung abbauen zu müssen.
Familienunternehmen könnten sich nicht immer am Kapitalmarkt mit frischem Geld versorgen, weil sie ihr Kapital im Unternehmen ließen und es dort langfristig gebunden sei, betonte Grillo. "Diese Spezialität der Familienunternehmen muss der Fiskus bei der Bewertung als Bemessungsgrundlage berücksichtigen."
Weitere Informationen finden Sie unter www.bdi.eu/Erbschaftsteuer

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Breite Straße 29/Haus der Deutschen Wirtschaft
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/2028-0
URL: www.bdi.eu

Pressekontakt

BDI

10178 Berlin

bdi.eu

Firmenkontakt

BDI

10178 Berlin

bdi.eu

Der BDI ist der Spitzenverband der deutschen Industrie. Seine Mitglieder sind 35 industrielle Branchenverbände, von A wie Automobil- bis Z wie Zuckerindustrie. Der BDI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der Industrie gegenüber Parlament und Regierung, politischen Parteien, wichtigen gesellschaftlichen Gruppen sowie gegenüber der Europäischen Union und engagiert sich in vielen internationalen Organisationen, z.B. in dem europäischen Dachverband UNICE. Gemeinsam mit der BDA und dem DIHT hat der BDI seinen Sitz im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Von hier aus setzen wir uns für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland ein. Der BDI ist Dienstleister seiner Mitgliedsverbände und der in ihnen zusammengeschlossenen Unternehmen. Er ist ihr Sprachrohr und unterstützt sie in dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie um Standorte und Arbeitsplätze zu sichern.